
Inhaltsverzeichnis

Vorwort	7
Abkürzungsverzeichnis	25
Kapitel I	
Grundbegriffe des Erbrechts	29
1 Grundsatz der Gesamtrechtsnachfolge – Der Erbe	31
2 Der Nachlass	33
3 Annahme und Ausschlagung der Erbschaft	35
3.1 Annahme	35
3.2 Ausschlagung	36
3.3 Verfügungen über die Ausschlagung	36
3.4 Anfechtung von Annahme und Ausschlagung	36
3.5 Rechtsverhältnis zwischen wahren und vorläufigem Erben	36
4 Der Vermächtnisnehmer	37
5 Der Pflichtteilsberechtigte	39
6 Allgemeines zur Verjährung	41
Kapitel II	
Das gesetzliche Erbrecht	43
1 Das Verwandtenerbrecht	45
1.1 Das Verwandtschaftsrecht	45
1.1.1 Erben erster Ordnung	46
1.1.2 Erben zweiter Ordnung	47
1.1.3 Erben dritter Ordnung	48
1.1.4 Erben vierter Ordnung	48
1.1.5 Weitere Erbfolge	49
1.2 Annahme als Kind	49

2	Das Ehegattenerbrecht	51
2.1	Das eheliche Güterrecht	51
2.1.1	Allgemeines	51
2.1.2	Die Güterstände im Einzelnen	52
2.1.2.1	Gütertrennung	52
2.1.2.2	Gütergemeinschaft	52
2.1.2.3	Zugewinngemeinschaft	53
2.1.2.4	Wahl-Zugewinngemeinschaft	53
2.2	Das Zusammentreffen mit Verwandten des Erblassers	54
2.2.1	Erbeil gegenüber Erben erster Ordnung	54
2.2.1.1	Zugewinngemeinschaft	54
2.2.1.2	Gütertrennung	57
2.2.1.3	Gütergemeinschaft	57
2.2.2	Erbeil gegenüber Erben zweiter Ordnung und Großeltern	57
2.2.3	Erbeil gegenüber sonstigen Verwandten	58
2.3	Der »Voraus« des Ehegatten	58
2.4	Folgen von Ehescheidung, Eheaufhebung und Trennung	58
3	Die Ausgleichungspflicht für Abkömmlinge als gesetzliche Erben	59
3.1	Ausgleichungspflicht für die Ausstattung	59
3.2	Ausgleichungspflicht für Zuschüsse und Aufwendungen zur Berufsvorbildung	60
3.3	Sonstige Zuwendungen des Erblassers bei Anordnung	61
3.4	Ausgleichungspflicht bei besonderer Mitarbeit oder Pfllegetätigkeit eines Abkömmlings	61
3.5	Durchführung des Ausgleichs	61
3.6	Ausschluss der Ausgleichungspflicht	64
4	Die Erbuwürdigkeit	65
5	Die Beschränkung der Erbenhaftung	67
5.1	Nachlassverwaltung	68
5.2	Nachlassinsolvenz	69
5.3	Unzulänglichkeitseinrede, § 1990 BGB, und Überschwerungseinrede, § 1992 BGB	70
6	Der Erbverzichtsvertrag	71
6.1	Gegenstand des Verzichts	71
6.2	Wirksamkeitsvoraussetzungen	71
6.3	Auswirkungen auf die übrigen Erben	71

Kapitel III	
Die gewillkürte Erbfolge durch Testament	73
1 Die Testierfähigkeit	75
2 Voraussetzungen einer formwirksamen Testamentserrichtung	77
2.1 Das öffentliche Testament	77
2.2 Das eigenhändige Testament	77
2.3 Das Nottestament	78
3 Testamentarische Gestaltungsmittel	79
3.1 Die Testierfreiheit und ihre Grenzen	79
3.1.1 Gesetzes- und sittenwidrige Verfügungen von Todes wegen	79
3.1.2 Bestimmung durch Dritte	80
3.1.3 Enterbung der Pflichtteilsberechtigten	82
3.1.4 Selbstbindung des Erblassers	82
3.2 Formen der Erbeinsetzung	83
3.2.1 Erbeinsetzung	83
3.2.1.1 Vollerbeinsetzung	83
3.2.1.2 Bedingte Erbeinsetzung	83
3.2.2 Die Ersatzerbeinsetzung	84
3.2.3 Die Vor- und Nacherbeinsetzung	85
3.2.3.1 Eintritt des Vor- und Nacherbfalles	85
3.2.3.2 Beschränkungen des Vorerben	85
3.2.4 Notwendigkeit der Anordnung der Vor- und Nacherbschaft im Falle einer Scheidung	86
3.3 Das Vermächtnis	87
3.3.1 Anordnungen über die Nachlassauseinandersetzung	90
3.3.2 Teilungsanordnung	91
3.3.3 Auseinandersetzungsverbot	91
3.3.4 Übernahmerecht	92
3.3.5 Testamentarisches Bestimmungsrecht Dritter	92
3.4 Die Auflage	93
3.5 Die Testamentsvollstreckung	94
4 Mögliches Interesse des Erblassers an der zeitlichen Verlagerung von letztwilligen Verfügungen auf die Zeit nach seinem Tod	97
4.1 Das sogenannte Bestimmungs- und Zweckvermächtnis	98
4.2 Delegieren von Entscheidungen auf einen Testamentsvollstrecker	99
4.3 Wenn der Erblasser vermeiden will, dass das Erbe nach dem Tod des Erblassers auseinandergesetzt wird – die Familiengesellschaft	100

5	»Moderne Zeiten«: Der digitale Nachlass	103
5.1	Rechtslage	103
5.1.1	Allgemeine Ausführungen	103
5.1.2	Lebzeitige Vertretung	103
5.1.3	Zugriff auf Onlinekonten im Erbfall	104
5.1.3.1	Allgemeine Ausführungen	104
5.1.3.2	Die »Facebook-Urteile« des BGH: Grundlegende Entscheidungen über den Zugang zum digitalen Nachlass	104
5.2	Wissenswertes zur Regelung der eigenen »digitalen Angelegenheiten«	105
5.3	Wissenswertes für den Bevollmächtigten bzw. den Erben	107
6	Der landwirtschaftliche Betrieb im Erbrecht	109
6.1	Die Höfeordnung	109
6.2	Landgut-Bestimmungen nach dem BGB	110
7	Sonstige testamentarische Verfügungen	111
7.1	Familienrechtliche Anordnungen	111
7.1.1	Anordnungen betreffend die Vermögenssorge	111
7.1.1.1	Beschränkung oder Ausschluss der elterlichen Vermögenssorge	111
7.1.1.2	Befreiung von der Inventarisierungspflicht	111
7.1.2	Anordnungen betreffend eine Vormundschaft	112
7.1.3	Anordnungen betreffend das Güterrecht	112
7.2	Wertsicherungsklauseln	113
8	Wenn die testamentarischen Verfügungen (so) nicht mehr gelten sollen:	115
8.1	Aufhebung durch Widerruf	115
8.1.1	Reines Widerrufstestament	115
8.1.2	Vernichtung	115
8.1.3	Rücknahme aus amtlicher Verwahrung	116
8.1.4	Inhaltlich neues Testament	116
8.2	Anfechtung durch Erben oder Dritte	116
8.2.1	Wirkung der Anfechtung	116
8.2.1.1	Inhaltsirrtum, Anfechtungsgründe	117
8.2.1.2	Erklärungsirrtum	117
8.2.1.3	Motivirrtum	117
8.2.1.4	Widerrechtliche Drohung	117
8.2.1.5	Unbewusste Übergehung eines Pflichtteilsberechtigten	118
8.2.2	Anfechtungsberechtigter	118

Kapitel IV

Das gemeinschaftliche Ehegattentestament und der Erbvertrag	119
1 Das gemeinschaftliche Ehegattentestament	121
1.1 Die erleichterte Errichtung	121
1.2 Bindungswirkung des Ehegattentestaments	121
1.3 Das einfache Ehegattentestament	121
1.4 Das gegenseitige Ehegattentestament	121
1.5 Das wechselbezügliche Ehegattentestament	122
1.5.1 Wechselbezüglichkeit	122
1.5.2 Auslegungsregel des § 2270 BGB	122
1.5.3 Auslegungsregel des § 2269 BGB – »Berliner Testament«	123
1.5.4 Beseitigung der Bindungswirkung beim wechselbezüglichen Testament	124
1.5.4.1 Auflösung der Ehe	125
1.5.4.2 Einseitiger Widerruf	125
1.5.4.3 Anfechtung	126
1.5.5 Die Rechtswirkung für den überlebenden Ehegatten	126
1.5.5.1 Einfaches und gegenseitiges Testament	126
1.5.5.2 Wechselbezügliches Testament	127
1.6 Ehegatten mit gemeinsamen Kindern	127
1.6.1 Problemstellung	127
1.6.2 Absicherung und Bindung des überlebenden Ehegatten	128
1.6.2.1 Berliner Testament	128
1.6.2.2 Pflichtteilsstrafklauseln	129
1.6.2.3 Partielle Testierfreiheit des überlebenden Ehegatten	131
1.6.2.4 Erhalt des Familienbesitzes	132
1.6.3 Absicherung und Bindung der Kinder	133
1.6.3.1 Verfügungen des Erblassers über die Teilung des Nachlasses	133
1.6.3.2 Testamentsvollstreckung zu Lasten des überlebenden Ehegatten	134
1.6.3.3 Absicherung minderjähriger Kinder	135
1.6.3.4 Bevorzugung und Ausschluss von Kindern	136
1.6.3.5 Absicherung durch Wiederverheiratursklauseln	137
1.6.4 Weitere regelungsbedürftige Punkte	139
1.6.4.1 Sicherung der Pflege im Alter	139
1.6.4.2 Dank an Pflegepersonen	139
1.6.4.3 Begünstigung karitativer Organisationen	139
2 Spezielle Interessen bei der Testamentsgestaltung	141
2.1 Spezielle familiäre Interessen	141
2.1.1 Ehegatten mit nicht gemeinsamen Kindern (»Patchwork-Familie«)	141
2.1.2 Nicht gemeinsame Kinder nur eines (oder beider) Ehegatten	141
2.1.3 Ehegatten ohne Kinder	148

2.1.4	Getrennt lebende Ehegatten	151
2.1.5	Geschiedene Ehegatten	153
2.2	Absicherung behinderter Familienangehöriger	154
2.2.1	Verfügungen zu Lebzeiten	155
2.2.2	Verfügungen von Todes wegen – das sog. behindertengerechte Testament	156
2.3	Absicherung überschuldeter Erben	160
2.4	Die nichteheliche Lebensgemeinschaft	161
2.4.1	Grundlagen und Interessen der Lebenspartner	162
2.4.1.1	Rechtliche Voraussetzungen	162
2.4.1.2	Interessen der Lebenspartner	162
2.4.2	Erbrechtliche Gestaltungsmöglichkeiten	162
2.4.2.1	Die rechtlichen Grenzen	163
2.4.2.2	Vermeidung der Belastung des überlebenden Lebenspartners mit Pflichtteilsansprüchen	163
2.4.2.3	Die Erbschaftsteuer in der eheähnlichen Lebensgemeinschaft	164
2.4.2.4	Gestaltungsvorschläge	164
2.4.3	Gestaltungsmöglichkeiten zu Lebzeiten	164
2.5	Die eingetragene Lebenspartnerschaft und die gleichgeschlechtliche Ehe	165
3	Der Erbvertrag	167
3.1	Inhalt und Wirksamkeitsvoraussetzungen des Erbvertrags	167
3.1.1	Inhalt	167
3.1.1.1	Einseitige Verfügungen	167
3.1.1.2	Zweiseitige Verfügungen	168
3.1.1.3	Gegenseitige oder mehrseitige Verfügungen	168
3.1.2	Wirksamkeitserfordernisse	168
3.1.3	Der Verfügungsunterlassungsvertrag	169
3.2	Eintritt der Bindungswirkung und ihre Folgen	170
3.2.1	Inhalt der Bindungswirkung	170
3.2.2	Folgen für Rechtsgeschäfte unter Lebenden	171
3.3	Beseitigung der Bindungswirkung	172
3.3.1	Rücktritt	172
3.3.1.1	Vertraglicher Rücktritt	172
3.3.1.2	Gesetzlicher Rücktritt	172
3.3.1.3	Formanforderungen an den Rücktritt	173
3.3.2	Aufhebung	173
3.3.2.1	Aufhebung durch Vertrag	173
3.3.2.2	Aufhebung durch Testament	174
3.3.2.3	Aufhebung durch gemeinschaftliches Testament	174

3.3.3	Anfechtung	174
3.3.3.1	Anfechtung durch den Erblasser	174
3.3.3.2	Anfechtung durch Dritte	175
3.3.3.3	Anfechtung durch den Vertragspartner	175
Kapitel V		
Das Pflichtteilsrecht		
		177
1	Das Prinzip	179
1.1	Voraussetzungen und Inhalt des Pflichtteilsanspruchs	179
1.1.1	Die beteiligten Personen	179
1.1.1.1	Berechtigter	179
1.1.1.2	Verpflichteter	180
1.1.2	Höhe des Pflichtteilsanspruchs	180
1.1.3	Anrechnung	180
1.1.4	Ausgleichung	180
1.1.5	Restpflichtteil	181
1.2	Voraussetzungen und Inhalt des Pflichtteilergänzungsanspruchs	181
1.3	Auskunfts- und Wertermittlungsanspruch	181
1.4	Grenzen des Pflichtteilsanspruchs	182
1.4.1	Pflichtteilsentziehung	182
1.4.2	Pflichtteilsbeschränkung in guter Absicht	182
1.4.3	Form der Entziehung	182
1.4.4	Stundung des Pflichtteilsanspruchs	182
1.4.5	Der Pflichtteilsverzichtsvertrag	183
Kapitel VI		
Vermögensverfügungen zu Lebzeiten		
		185
1	Schenkungen zu Lebzeiten und Schenkungen zu Lebzeiten auf den Todesfall: Einführung	187
2	Die Schenkung unter Lebenden als Teil der Nachfolgeregelung	189
2.1	Vorweggenommene Erbfolge	189
2.2	Arten der Zuwendung	190
2.3	Ziele der vorweggenommenen Erbfolge	191
2.3.1	Reduzierung der Steuerlast	191
2.3.2	Erhalt des Familienvermögens	191
2.3.3	Versorgung des Schenkers und dessen Ehepartners	191
2.3.4	Minderung von Pflichtteilsansprüchen	191

2.4	Gegenleistungen des Erwerbers an den Veräußerer	193	
2.4.1	Wart- und Pflegeverpflichtung	193	
2.4.2	Vorbehaltensnießbrauch	193	
2.4.3	Vorbehaltenes Wohnungsrecht	195	
2.5	Vereinbarungen mit Dritten	196	
2.6	Gesetzliche Rücktrittsrechte	197	
2.7	Vertragliche Rückforderungsrechte	197	
2.8	Hinweise zum Steuerrecht	199	
3	Schenkung auf den Todesfall	201	
4	Verträge zugunsten Dritter auf den Todesfall	203	
4.1	Lebensversicherungsvertrag	203	
4.1.1	Rechtslage beim Lebensversicherungsvertrag	203	
4.1.2	Schenkungsvertrag zwischen Erblasser und dem Dritten	204	
4.2	Bankguthaben	204	
4.3	Wertpapierdepot	205	
4.4	Bausparvertrag	205	
5	Vollmachten des Erblassers	207	
Kapitel VII			
Wenn sich im Nachlass Unternehmen befinden:			
Unternehmerinteressen und Erbrecht			209
1	Die speziellen Interessen von Unternehmern	211	
1.1	Drei Hauptinteressen	211	
1.1.1	Fortbestand des Unternehmens	211	
1.1.2	Existenzsicherung des überlebenden Ehegatten	212	
1.1.3	Gerechte Vermögensverteilung	212	
1.2	Das Interesse des Unternehmers an einer Testamentsvollstreckung im Unternehmertestament	212	
1.2.1	Einsatzmöglichkeiten bei Unternehmen	212	
1.2.1.1	Schutz des Nachlasses	212	
1.2.1.2	Schutz der Erben	213	
1.2.2	Ausgestaltung	214	
1.2.2.1	Einzelunternehmen	214	
1.2.2.2	Personengesellschaften	216	
1.2.2.3	Kapitalgesellschaften	217	
2	»Ist die Rechtsform meines Unternehmens und der Gesellschaftsvertrag für die von mir vorgesehene Unternehmensnachfolge tauglich?«	219	

3	Einzelunternehmen	221
3.1	Die Nachfolgeregelung	221
3.1.1	Kein Nachfolger	221
3.1.2	Ausgestaltung der Nachfolge	221
3.2	Versorgung des Ehegatten	222
3.2.1	Versorgung durch weiteres Privatvermögen	223
3.2.2	Versorgung durch das Unternehmen	223
3.2.2.1	Rentenzahlungen	223
3.2.2.2	Variable Leistungen	224
3.2.2.3	Nießbrauch an Gesellschaftsanteilen	224
3.3	Berücksichtigung von Pflichtteilsansprüchen	224
4	Personengesellschaften	227
4.1	Die Gesellschaft des bürgerlichen Rechts (BGB-Gesellschaft)	227
4.2	Die offene Handelsgesellschaft (oHG)	227
4.2.1	Anwachsung des Vermögens zugunsten der Mitgesellschafter ohne Abfindungsansprüche der Erben	228
4.2.2	Beispiel zum Eintrittsrecht einer bestimmten Person	230
4.2.3	Verbindliche Bestimmung der Nachfolger	231
4.2.4	Die Festlegung eines Erben als Nachfolger	232
4.3	Die Kommanditgesellschaft	234
4.3.1	Grundlagen	234
4.3.2	Nachfolge in die KG	234
4.3.2.1	Tod des Komplementärs	234
4.3.2.2	Tod des Kommanditisten	235
4.3.3	Die GmbH & Co. KG	236
4.3.3.1	Formen der GmbH & Co. KG	236
4.3.3.2	Die Nachfolge im Einzelnen	237
4.3.3.3	Die GmbH & Co. KG als Gestaltungsmittel	237
4.4	Die Stille Gesellschaft	238
5	Kapitalgesellschaften	239
5.1	Die GmbH	239
5.1.1	Freie Vererbbarkeit der GmbH-Anteile	239
5.1.2	Die erbrechtliche Nachfolge in die GmbH	240
5.1.3	Der wirtschaftliche Ausschluss der Nachfolge	240
5.1.3.1	Abtretung	240
5.1.3.2	Einziehungsrecht der Gesellschaft	241
5.1.3.3	Das Kaduzierungsverfahren	242
5.1.3.4	Abfindungsanspruch	243
5.1.3.5	Exkurs: Beginn der Zehnjahresfrist des §2325 Abs. 3 BGB	243
5.1.4	Rechtsgeschäftliche Lösungen	244

5.2	Die Aktiengesellschaft	245
5.2.1	Aktienübertragung zu Lebzeiten	245
5.2.1.1	Inhaberaktien	245
5.2.1.2	Namensaktien	245
5.2.2	Erbrechtliche Übertragung	246
5.2.3	Erbrechtliche Vorgaben in der Satzung der AG	247
5.3	Kapitalgesellschaften ausländischen Rechts mit Sitz in Deutschland	247
6	Die Stiftung	251
6.1	Einführung	251
6.2	Formen	252
6.3	Sonderfall: Die rechtsfähige Stiftung	253
6.3.1	Unternehmensträgerstiftung	255
6.3.2	Familienstiftung	257
6.3.3	Die Doppelstiftung	259
6.4	Die steuerliche Behandlung von Stiftungen	260
6.4.1	Steuerbegünstigte Stiftungen	260
6.4.2	Nicht steuerbegünstigte Stiftungen	261
6.4.3	Erbsatzsteuer bei Familienstiftungen	262
 Kapitel VIII		
Überblick für alle Unternehmer: Welche Punkte Sie bei		
der Planung der Unternehmensnachfolge unbedingt beachten sollten		
		265
 Kapitel IX		
Sonderinteresse: Die Familiengesellschaft als Instrument der Nachfolgeregelung		
		271
1	Grundproblematik bei der Immobiliennachfolge	273
2	Gründe für Familiengesellschaften	275
3	Rechtsformen der Familiengesellschaften	277
4	Steuerliche Aspekte bei Familiengesellschaften	279
4.1	Einkommen- und Gewerbesteuer	279
4.1.1	Laufende Besteuerung	279
4.1.2	Übertragung von Grundstücken auf die Gesellschaft sowie Übertragung der Anteile	280
4.2	Erbschaft- und Schenkungsteuer	281
4.3	Grunderwerbsteuer	281

5	Nießbrauch und disquotales Gewinnbezugsrecht	283
5.1	Nießbrauch und vermögensverwaltende Immobiliengesellschaft	283
5.2	Disquotales Gewinnbezugsrecht und vermögensverwaltende Immobiliengesellschaft	284
5.3	Gewerbliche Personengesellschaft	284
6	Zusammenfassung	285
Kapitel X		
Besteuerung von Schenkungen und Erbschaften		
		287
1	Erbschaft- und Schenkungsteuer	289
1.1	Allgemeines zu den Steuergegenständen	289
1.2	Anknüpfungspunkte zur Erbschaftsteuer	290
1.2.1	Der Erwerb von Todes wegen	290
1.2.2	Bereicherung des Erwerbers	290
1.3	Entstehen und Erlöschen der Steuer	290
1.4	Steuerschuldner	291
1.5	Die Berechnung der Höhe der Erbschaftsteuer	291
1.5.1	Bereicherung des Erwerbers	291
1.5.2	Sachliche Steuerbefreiungen und begünstigtes Vermögen	292
1.5.3	Steuerklassen	293
1.5.4	Steuersätze	295
1.5.5	Persönliche Freibeträge	295
1.6	Steuerliche Ersparnis durch Ausnutzung der Freibeträge und Fristen	296
1.7	Die Bewertung des Nachlasses	298
1.7.1	Allgemeine Bewertungsgrundsätze	298
1.7.1.1	Bargeld	299
1.7.1.2	Kunstgegenstände und Schmuck	299
1.7.1.3	Hausrat und persönliche Gegenstände	299
1.7.1.4	Bewertung von Aktien	299
1.7.1.5	Bewertung von Bundesschatzbriefen	300
1.7.1.6	Bewertung von Edelmetallen	300
1.7.1.7	Bewertung von Edelsteinen	300
1.7.1.8	Bewertung von Investmentanteilen	300
1.7.1.9	Bewertung von Kapitalforderungen und Schulden	300
1.7.1.10	Bewertung von Nutzungen und Leistungen	301
1.7.1.11	Bewertung von Pflichtteilsansprüchen	301
1.7.1.12	Bewertung von Sachleistungsansprüchen bzw. Sachleistungsverpflichtungen	301
1.7.1.13	Bewertung von Sparbriefen	301
1.7.1.14	Bewertung von stillen Beteiligungen	302

1.7.1.15	Bewertung von Vermächtnissen	302
1.7.1.16	Bewertung von Wertpapieren	302
1.7.1.17	Bewertung von Zero-Bonds	302
1.7.1.18	Bewertung von Zinsen	302
1.7.2	Die besondere Bewertung von Grundstücken	303
1.7.2.1	Bewertungsverfahren	303
1.7.2.2	Die Bewertung von land- und forstwirtschaftlichem Vermögen	304
1.7.3	Die Bewertung von Lebensversicherungen	305
1.7.4	Bewertung von Auslandsvermögen	305
1.7.5	Die Bewertung von Unternehmen	306
1.7.5.1	Wertansätze	307
1.7.5.2	Begünstigung für Betriebsvermögen	308
1.8	Verfahren der Besteuerung	310
1.8.1	Anmeldung des Erwerbs	310
1.8.2	Steuererklärung	310
1.8.3	Anzeigepflichten	311
1.9	Fälle steuerrechtlicher Besonderheiten	311
1.9.1	Nacherbschaft und Nachvermächtnis	311
1.9.1.1	Nacherbschaft	311
1.9.1.2	Nachvermächtnis	313
1.9.2	Schenkungen unter Lebenden	314
1.9.3	Erbschaftsteuer der Ehegatten	314
1.9.3.1	Die steuerlichen Folgen des Ehegattentestaments	314
1.9.3.2	Zugewinnngemeinschaft	315
1.9.3.3	Fortgesetzte Gütergemeinschaft	316
1.9.3.4	Ehebedingte Zuwendungen	316
1.9.4	Teilungsanordnungen und Vorausvermächtnisse	317
1.9.5	Die Erbengemeinschaft und ihre Auseinandersetzung	317
1.10	Steuerbefreiung für Familienheim	318
2	Einkommensteuer	323
2.1	Einkommensteuer des Erblassers	323
2.2	Einkommensteuer des Erben	323
2.2.1	Einkünfte des Erben	324
2.2.1.1	Einkünfte aus Gewerbebetrieb	324
2.2.1.2	Veräußerung einer wesentlichen Beteiligung	325
2.2.1.3	Einkünfte aus freiberuflicher Tätigkeit	326
2.2.1.4	Einkünfte aus nichtselbstständiger Tätigkeit	326
2.2.1.5	Einkünfte aus Land- und Forstwirtschaft	326
2.2.1.6	Einkünfte aus Kapitalvermögen	326
2.2.1.7	Einkünfte aus Vermietung und Verpachtung	327
2.2.1.8	Sonstige Einkünfte der Erben	327

2.2.2	Sonderausgaben	327
2.2.3	Außergewöhnliche Belastungen	328
2.3	Einkommensteuerrechtliche Behandlung von Vermächtnissen, einer Erbengemeinschaft und einer Testamentsvollstreckung	328
2.3.1	Vermächtnis	328
2.3.2	Erbengemeinschaft	329
2.3.3	Testamentsvollstreckung	329
2.4	Sonderfall »Spekulationssteuer«	330

Kapitel XI

Internationales Privatrecht im Erbrecht – die EuErbVO

	und sonstige Rechtsquellen	331
1	Einführung	333
2	Grenzüberschreitender Erbfall	337
2.1	Auslandsvermögen	337
2.2	Aufenthalt/Wohnsitz im Ausland	339
3	Das Kollisionsrecht nach der EuErbVO	341
3.1	Anwendbarkeit der EuErbVO	341
3.1.1	Zeitlicher Anwendungsbereich (Intertemporaler Anwendungsbereich)	342
3.1.2	Personaler Anwendungsbereich	342
3.1.3	Sachlicher Anwendungsbereich	342
3.1.4	Der räumlich-persönliche Anwendungsbereich	343
3.2	Internationale Zuständigkeit der Gerichte	344
3.2.1	Grundlegende Prinzipien des unionsrechtlichen Zuständigkeitsrechts	344
3.2.2	Rechtsquellen	345
3.2.3	Verfahren	346
3.2.4	Grundsatz: letzter gewöhnlicher Aufenthalt im Forumstaat	346
3.2.5	Ausnahmen vom Grundsatz	348
3.3	Ermittlung des anwendbaren Rechts	350
3.3.1	Grundsatz: letzter gewöhnlicher Aufenthalt	350
3.3.2	Ausnahme: offensichtlich engere Verbindung	351
3.3.3	Rechtswahl	351
3.3.4	Sonderanknüpfungen	352
3.3.5	Art der Verweisung	352
3.3.6	Umfang des Erbstatuts	353
3.3.7	Grenzen der Verweisung	354
3.4	Anerkennung und Vollstreckung	355
3.5	Europäisches Nachlasszeugnis	355

4	Das Kollisionsrecht außerhalb des Anwendungsbereichs der EuErbVO	359
4.1	Völkerrechtliche Regelungen	359
4.2	Die Rechtslage für Altfälle vor dem 17.08.2015	360
4.2.1	Internationale Zuständigkeit	360
4.2.2	Maßgebliche Kollisionsnorm: Art. 25 EGBGB	361
4.2.2.1	Staatsangehörigkeitsprinzip	361
4.2.2.2	Häufige Folge: (teilweise) Nachlassspaltung	362
5	Anerkennung und Vollstreckung in Drittstaaten	363
6	Was Erblasser mit Vermögen in Drittstaaten beachten müssen	365
7	Fazit und Ausblick	367
Kapitel XII		
Vorsorgeverfügungen im privaten und unternehmerischen Bereich		
1	Einleitung	371
2	Die Funktionen der verschiedenen Vorsorgeverfügungen	375
2.1	Einleitung	375
2.2	Die Vorsorgevollmacht	376
2.3	Die Betreuungsverfügung	379
2.4	Die Patientenverfügung	381
2.4.1	Die Patientenverfügung im Allgemeinen	381
2.4.2	Verschärfte Anforderungen an Patientenverfügungen seit Juli 2016	382
2.4.3	Inhalt der Patientenverfügung nach der neuen Rechtsprechung des BGH	383
2.4.4	Sonderfall: Patientenverfügung für Menschen mit geistiger Behinderung	393
2.4.5	Zusammenfassung: Die zehn wichtigsten Tipps zur Patientenverfügung	394
3	Speziell zur Vorsorgevollmacht: Einzelfragen zur Vorsorgevollmacht im privaten und unternehmerischen Bereich	397
3.1	Einleitung	397
3.1.1	Voraussetzungen für eine gültige Vorsorgevollmacht	397
3.1.1.1	Geschäftsfähigkeit	397
3.1.1.2	Form	399
3.1.2	Erteilung und Geltungszeitpunkt der Vollmacht	399
3.1.2.1	Erteilung unter einer Bedingung	400
3.1.2.2	Zeitpunkt der Aushändigung der Vollmacht	401
3.1.2.3	Beschränkung im Innenverhältnis	401
3.1.2.4	Vollmacht über den Tod hinaus	402

3.1.3	Umfang der Vorsorgevollmacht	403
3.1.3.1	Personenfürsorge	403
3.1.3.2	Vermögensfürsorge	403
3.1.4	Weitere Regelungsmöglichkeiten in der Vorsorgevollmacht	405
3.1.4.1	Insichgeschäfte	405
3.1.4.2	Untervollmachten	405
3.1.4.3	Mehrere Bevollmächtigte	406
3.1.4.4	Kontrollbevollmächtigter	408
3.1.4.5	Widerruf der Vorsorgevollmacht	410
3.1.4.6	Zusammenfassung: Die zehn wichtigsten Tipps zur Vorsorgevollmacht	413
3.2	Unternehmensvorsorge: Vorsorgevollmacht des Unternehmers	415
3.2.1	Einleitung	415
3.2.2	Regelungsbedarf	416
3.2.3	Person des Bevollmächtigten	417
3.2.4	Organisation	418
3.2.5	Konkrete Ausgestaltung	419
3.2.5.1	Kapitalgesellschaften am Beispiel der GmbH	419
3.2.5.2	Personengesellschaften	424
3.2.5.3	Freiberufler/Selbstständige	425
3.2.5.4	Einzelunternehmen	426
3.3	»Notfallkoffer«	427
4	Vorsorgevollmacht und Patientenverfügung im internationalen Vergleich und in ihrer Anwendung in verschiedenen Staaten	431
	Stichwortverzeichnis	435
	Der Autor	445